

Newsletter der **CDU**-Ratsfraktion

Nr. 08/2017 – 11.10.2017



Gewerbsteuer 2018: Rot-Grün-Rot für Gewerbesteuererhöhung um 4,8%

Auch wenn Rot-Grün im

Finanzausschuss für eine Vertagung der Entscheidung eintraten, machten Vertreter der SPD und Grüne deutlich, dass sie im Rat der Stadt am 19.10. d.J. mit Rot-Grün-Rot erneut eine Gewerbesteuererhöhung um 4,8% auf 550 Hebesatzpunkte durchsetzen wollen.

Die CDU-Fraktion hatte zuvor einen [Änderungsantrag](#) zur Hebesatzsteuersatzung 2018 eingebracht, mit dem der Rat bei dem erst im letzten Jahr neu beschlossenen Gewerbesteuer-Hebesatz von 525 Punkten für das nächste Jahr bleiben soll.

CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels warnt Rot-Grün vor diesem verhängnisvollen Kurs: „Das ist das absolut falsche Signal Mülheims in Richtung heimischer Wirtschaft. Diese Entscheidung ist nachteilig für Mülheim an der Ruhr im Wettbewerb der Wirtschafts- und Beschäftigungsstandorte. Denn Mülheim an der Ruhr gehört im Vergleich zu den Nachbarstädten im Kreis Mettmann und auch im Ruhrgebiet zu den Kommunen mit dem schon jetzt höchsten Gewerbesteuer-Hebesatz.“



Weitere Reserveflächen für Flüchtlingsunterkünfte: Nein der CDU, Rot-Rot uneinsichtig

Im Finanzausschuss stimmte eine überraschend breite Mehrheit mit der CDU gegen die [Verwaltungsvorschläge \(V 17/0594-01\)](#), mit der Reserveflächen für weitere Flüchtlingsunterkünfte für die nähere Zukunft

freigehalten werden sollen. Nur SPD und Linke waren für diese Vorschläge der Stadtspitze.

Die CDU-Fraktion hatte zuvor deutlich gemacht, dass sie die Standortvorschläge für sieben Reserveflächen für zumeist ungeeignet und auch aufgrund bereits ausreichend bestehender Freikapazitäten zur zukünftigen Unterbringung zugewiesener Flüchtlinge für nicht erforderlich hält. Es handelt sich dabei um Flächen in Broich (Lönsweg und Saarner Straße/ Holzstraße/Hermannstraße), Raadt (Zeppelinstraße gegenüber Flughafen), Heißen (Kleiststraße, südlicher Teil

des Schulgrundstückes Gymnasium Heißen und Gneisenaustraße/Ecke Kolumbusstraße) und Stadtmitte (Auerstraße/ Georgstraße, Friedrich-Ebert-Straße/Ecke Aktienstraße neben der KiTa) und Styrum (Hauskampstraße im Kreuzungsbereich Steinkampstraße).

Mehrheitliche Zustimmung mit der CDU gab es im Finanzausschuss dagegen für den Verwaltungsvorschlag, die Vermarktung des Standortes Großenbaumer Straße/Saarnberg für eine zukünftig attraktive Wohnbebauung fortzuführen und die bisherigen Pläne für einen Standort zur Flüchtlingsunterbringung (wie auch im Fall Brunshofstraße am Flughafen) aufzugeben.

Es ist zu erwarten, dass der Rat der Stadt am 18.10. d.J. abschließend dem Finanzausschuss-Beschluss folgen wird. Damit sorgt eine Ratsmehrheit mit der CDU-Fraktion dafür, dass die Kritik aus der Bevölkerung, nach Bekanntwerden dieser Pläne der Mülheimer Stadtspitze kurz vor der Bundestagswahl, nicht nur ernst genommen, sondern mit dem ablehnenden Ratsbeschluss berücksichtigt wird.



© Bernd Sterzl / pixelio.de

Abwassergebühren 2018: Rot-Grün gegen Absenkung

Der [Änderungsantrag](#) der CDU-Fraktion, entsprechend einem Ratsbeschluss von 2012 die Berechnungslinie beim kalkulatorischen Zinssatz auf Abschreibungen (50-Jahres-Durchschnitt) beizubehalten, deshalb einen niedrigeren Zinssatz vorzuschlagen und damit für eine leichte Absenkung der Abwassergebühren für die Mülheimer Haushalte zu sorgen, fand im Finanzausschuss

leider keine Mehrheit. Rot-Grün lehnte diese Initiative der CDU-Fraktion ab und sprach sich damit für eine Erhöhung der Abwassergebühren 2018 aus.

Die CDU-Fraktion wird sich bis zur nächsten Ratssitzung bemühen, die Fraktionen und Gruppen, die mit ihrer Enthaltung für eine rot-grüne Mehrheit sorgten, doch noch für die Unterstützung des CDU-Fraktionsantrages zu gewinnen. Mit der Beibehaltung der seit 2012 geltenden Berechnungslinie würde der Rat der Stadt nach Einschätzung der CDU-Fraktion nicht nur für die Gebührenzahler verlässlich und berechenbar bleiben, sondern die Abwassergebührensatzung „gerichts- und klagefester“ sein, wie der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Eckart Capitain, im Finanzausschuss erklärte.

Hinweis:

Wenn Sie Schwierigkeiten haben, diesen Newsletter zu lesen, haben wir ihn zur Sicherheit noch einmal als pdf-Datei beigelegt.

Den dazu nötigen kostenlosen Adobe Acrobat Reader erhalten Sie hier: <http://get.adobe.com/de/reader>

Falls Sie Freunde haben, die an unserer Arbeit interessiert sind, geben Sie uns bitte die entsprechende Email-Adresse, die wir dann in den Verteiler aufnehmen.

Sie können diesen Newsletter mit einer kurzen E-Mail an den Absender abbestellen.

Impressum:

Newsletter der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Verantwortlich i.S.d. TDG: Wolfgang Michels, Bahnstraße 31, 45468 Mülheim an der Ruhr

Redaktion: Hansgeorg Schiemer

Tel.: 0208 / 45 95 4-0;

E-Mail: cdu-fraktion-muelheim@t-online.de

• Homepage: <http://www.cdu-fraktion-muelheim.de>